

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Voigt, Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 72

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto —

Halver
Donnerstag, den 26. März

Erscheint: wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1931

Abschiedsstimmung im Reichstag

Schlupfrennen um den Reichshaushalt

Zwei Milliarden Mark für die Osthilfe.

Massen von Papier haben den Sitzungssaal des Reichstages überschwemmt. Auf den Bänken der Abgeordneten — bei den weniger Bevorzugten unter ihnen, an den Kästen vor ihren Sitzen — häufen sich die Massen der Druckfächer. Es ist dritte Lesung des Reichshaushalts, und darum haben sich Pluten von Anträgen und von Gesetzentwürfen, die heute erledigt werden sollen, über jeden Abgeordneten ergossen. Osthilfegesetz und noch so manches andere kommt dazu, das der Erledigung harret, und alles wiederum ist umrahmt und verbrämt durch eine Fülle von Anträgen und Entschließungen. Und es begab sich, daß fast in letzter Stunde noch die berühmte Geschäftsordnungsreform sich auswirken konnte. Bisher hat man von der eigentlichen Reform nur das eine gespürt, daß nach ihrer Annahme die Rechtsopposition den Reichstag verließ. Ein kleines Konfliktchen, das einmal wegen eines finanziellen Antrages über sie ausbrach und die „Reformisten“ mobil machte, verschwand bald sang- und klanglos in die Kommission. Jetzt aber hatte die kommunistische Fraktion gegen das Kabinett Brünning einen Mißtrauensantrag eingebracht, der größte formale Beschimpfung enthielt. Er wurde von dem Präsidium zurückgewiesen, und nun — in öffentlicher Sitzung durch einen kommunistischen Redner von der Tribüne des Reichstages herab verlesen, seine entsprechende Veröffentlichung genießt also den verfassungsmäßigen Schutz gegen jegliche Strafverfolgung! Was ja nun eigentlich nicht Zweck der ganzen Übung ist. Massen von Erklärungen! Die Parteien verlesen ganze Bücher über die politische Entwicklung im allgemeinen und die Haltung ihrer Fraktionen dazu im besondern. Man lobt die Regierung ein bißchen, tadelt sie ein bißchen, lobt sich, tadelt die anderen Parteien. Denn das ist des Reichstages so der Brauch, wenn Haushalt um Haushalt durch die dritte Lesung rollt. Und darum ist man innerlich ganz zufrieden, daß man endlich so weit ist. Die Kommunisten treiben noch kräftig Opposition, aber auch darin ist keine rechte Forderung mehr. Die Hauptarbeit heißt heute aber: Aufstehen, hinfegen! Womit gesagt sein soll, daß diese Hauptarbeit heute in der Hauptsache darin besteht, die Weinmuskulatur zu strapazieren.

Sitzungsbericht.

(51. Sitzung.) CB. Berlin, 25. März.

Im Reichstage wurde die zweite Beratung des Osthilfegesetzes fortgesetzt in Verbindung mit der zweiten Beratung des landwirtschaftlichen Siedlungsgesetzes und des Industriebankgesetzes sowie der damit zusammenhängenden Anträge.

Abg. Gaudorfer (Bayer. Bauernb.) betont, daß die Bevölkerung der bayerischen Ostgrenze sehr mißgefühlt sei, weil sie bisher keine klare Zusage für Hilfe erhalten habe.

Abg. Beder-Breslau (Komm.) hebt die besondere Notlage im Waldenburger Gebiet hervor.

Abg. Baur (Landvolk) erklärt, es sei im Osten ein fester Ball von Siedlern zu schaffen, die sich auf ihren Stätten tatsächlich dauernd halten könnten.

Abg. Graf von Westarp (Komm.) bezeichnet das Osthilfegesetz als ein Dokument von historischer Bedeutung. Andere Gebiete als die vorgesehenen in das Gesetz einzubeziehen, sei wegen der dann erforderlichen größeren Mittel unmöglich gewesen. Unrennbar

verknüpft mit der Osthilfe sei der Name Hindenburg.

Abg. Hillebrand (D. Bauernb.) betont, daß die vorgesehene Betriebskontrolle keineswegs landwirtschaftsfeindlich sei.

Reichsminister Treuhaus stellt fest, daß für die Osthilfe aus dem Reichshaushalt 1931 bis 1938 mindestens 950 Millionen, außerdem an Kreditmitteln, aus Haushaltsmitteln, Zweckvermögen und Schuldverschreibungen 1140 Millionen, im ganzen also etwa zwei Milliarden Mark.

Daß wir für dieses Hilfswort, so erklärt der Redner, nicht viel Dank ernten werden, wissen wir. Die Regierung hoffe, daß der angelegte Betrag für alle zu erwartenden Anträge entscheidungsfähiger Vertriebe durchaus ausreiche. Die Fürsorge für die Landarbeiter sei keineswegs so geringfügig, wie es verschiedene Redner behauptet hätten.

Damit schließt die zweite Beratung. — Die dritte Beratung und die Abstimmungen werden zurückgestellt.

Es folgt die dritte Beratung des

Gesetzentwurfs gegen Waffenmißbrauch.

Abg. Schneller (Komm.) bezeichnet als einzigen Zweck des Gesetzes, den Massen die Waffen gegen die nationalsozialistischen Banditen aus der Hand zu nehmen.

Die Abstimmung wird zurückgestellt. Es folgt die Fortsetzung der dritten Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1931 beim Haushalt des Reichsfinanzministeriums.

Abg. Dittmann (Soz.) verliest eine längere Erklärung seiner Fraktion, in der es u. a. heißt, die Sozialdemokratie habe es durchgesehen, daß bei der Ermächtigung zur selbständigen Festsetzung von Zöllen die Kosten für

die Lebenshaltung der breiten Massen nicht gesteigert werden dürfen.

Die sozialdemokratische Fraktion werde dem Reichshaushalt zustimmen.

Abg. Nippel (Christl.-Soz.) führt die Radikalisierung der breiten Massen u. a. auf die Tatsache zurück, daß die Reichstagsmehrheit lange Zeit hindurch nicht die allein richtige

„Politik der armen Leute“

getrieben habe. Erst die Regierung Brüning und der Reichstag in seiner heutigen Zusammenfassung haben endgültig mit einer besseren Politik begonnen. Das Sparermächtigungsgesetz sei eine staatspolitische Tat.

Abg. Torgler (Komm.) greift die Haltung der Sozialdemokratie scharf an.

Namens der Konservativen, der Christlichsozialen und Deutschhannoveraner erinnert Abg. Graf von Westarp (Komm.) an das Versprechen der Regierung, bestimmte

außenpolitische Aufgaben erfüllen zu wollen.

Nur unter dieser Bedingung haben die drei Parteien mitgearbeitet. Es muß erwartet werden, daß auf der kommenden Abrüstungskonferenz der deutsche Rechtsanspruch auf gleichmäßige Abrüstung nachdrücklich geltend gemacht wird. Im Vordergrund der außenpolitischen Aufgaben des Sommers steht

die Revision des Tributplanes.

an dessen Durchführbarkeit heute kein Mensch mehr glaube.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich erklärt, daß sich die Regierung für die Ablehnung der geplanten Steuererhöhungen durch den Reichsrat einsetzen wird, weil sie nicht gewillt ist, sich von der geraden Linie, keine Steuererhöhungen vorzunehmen, noch zum Schluss abbringen zu lassen.

Abg. Rauch (V. Vp.) begründet einen auch von anderen Parteien unterstützten Antrag, der die Gleichstellung der Fachtechniker mit den Juristen in der Verwaltung verlangt.

Abg. Dr. Strathmann (Christlichsoz.) betont die Notwendigkeit, die früher fürstlich-stolbergische Bibliothek in Bernigrode vor der Gefahr des Verkaufs und der Zerstreuung zu bewahren.

Abg. Dr. Gereke (Landvolk) erklärt, wenn seine Partei trotz starker Bedenken dem Haushalt seine Zustimmung gebe, so geschehe das im Vertrauen auf den Reichsrat und aus Anerkennung der sachlichen Mitarbeit des Reichsfinanzministeriums im Kabinett. Die Landvolksfraktion nehme auch zum

Zollermächtigungsgesetz in seiner neuen Fassung eine positive Stellung ein.

Abg. Söder (Komm.) begründet die Ablehnung des gesamten Haushalts für seine Fraktion. Von den Kommunisten wird dann ein Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning eingebracht. Vizepräsident Esser erklärt hierzu unter Zurufen der Kommunisten, daß dieser Antrag wegen seiner unparlamentarischen Fassung nicht zugelassen werde.

Damit ist die Aussprache über den Haushaltsplan beendet. Es folgen nunmehr die zahlreichen früher zurückgestellten

Abstimmungen.

zunächst die über das Osthilfegesetz. Dieses Gesetz wird im wesentlichen in der Fassung der Beschlüsse des Haushaltsausschusses in zweiter Lesung angenommen, ebenso das Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung und das Industriebankgesetz. Annahme finden auch die dazu vorliegenden Ausschlußentscheidungen und eine sozialdemokratische Entschließung, die sich gegen den Abbau der Tarifföhne der ländlichen Arbeiter wendet.

Angenommen wird eine Entschließung der Christlichsozialen, die Schlichtungsbehörde auf die katastrophale wirtschaftliche Lage der ländlichen Arbeitnehmer in den Osthilfegebieten aufmerksam zu machen. Eine dritte Lesung dieses Gesetzes erfolgt erst am Donnerstag, da die Kommunisten Einspruch gegen eine sofortige Erledigung erheben.

Der Gesetzentwurf gegen Waffenmißbrauch

wird in dritter Lesung in der Schlussabstimmung mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten endgültig angenommen. Es folgen dann die Abstimmungen zur

dritten Lesung des Reichshaushaltsplanes.

Zuerst wird namentlich abgestimmt über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung.

Der Antrag wird mit 284 gegen 65 Stimmen bei 15 Enthaltungen der Wirtschaftspartei abgelehnt.

Angenommen wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten, die erhöhte Umsatzsteuer der Konsumvereine und der Warenhäuser mit sofortiger Wirkung aufzuheben, ebenso eine kommunistische Entschließung, den

Verkauf von Einzelzigaretten

Ermächtigungen.

Im Eiltempo strebt der Reichstag dem Ende seiner diesmaligen Tagung zu, und ein fast „geschichtswidriges Vergehen“ ist es, daß er die Beratung und die Beschlußfassung über den Reichshaushalt sogar noch vor dem 31. März fertigstellt. War es doch schon fast zur Regel geworden, daß sich diese Beratungen weit über den 1. April hinausziehen, obwohl an diesem Tage der Haushalt für das neue Etatsjahr in Kraft treten soll. So wird nun wohl auch noch der Reichsrat Zeit haben, in den beiden letzten Märztagen dem Haushalt bzw. den hierüber gefaßten Beschlüssen des Reichstages seine Zustimmung zu geben; auf irgendwelche „Beanstaltungen“ wird die Reichsregierung dort hinsichtlich der inzwischen eingeleiteten Änderungen kaum stoßen.

Wenn man den Reichshaushalt selbst als die Erteilung einer „Ermächtigung“ an die Regierung ansehen kann, die Einnahmen so zu erheben, die Ausgaben so zu leisten, wie es in diesem „Haushaltsgesetz“ vorgeschrieben oder — nicht vorgeschrieben ist, so werden oder sind vom Reichstag der Reichsregierung daneben noch andere „Ermächtigungen“ erteilt, deren Aus- und Durchführung weit mehr den Inhalt der eigentlichen Regierung- und Verwaltungsarbeit ausmachen werden. Es sind gesetzliche Grundlagen, auf denen nun erst einmal etwas aufgebaut werden soll, — aber wie gebaut wird, wie der Bau im einzelnen ausfallen wird, welche Bausteine und wieviel davon die Regierung bei der Errichtung des Baues verwenden will, ist nicht nur Stein für Stein vom Reichstag vorgeschrieben, Mark für Mark festgelegt worden. Und es ist vom praktischen Standpunkt aus auch nur zu billig, wenn hier der Reichsregierung nicht enge oder engherzige Vorschriften gemacht werden. Das gilt zuerst von der Ermächtigung, die Osthilfe auszu- und zu dehnen auf Gebiete, für die sie bisher noch nicht vorgesehen ist. Es kommt dabei ja vor allem darauf an, in welchem Umfange man die nur allmählich herinkommenden Mittel und Kredite der Osthilfe „vorfinanzieren“

sofort wieder zuzulassen. Gegen die kommunistischen Stimmen wird eine Entschließung abgelehnt, für den 1. Mai alle Demonstrationsverbote aufzuheben.

Dann folgt eine Reihe von Abstimmungen zum

Haushalt der Reichsmarine.

Kommunistische Anträge, den gesamten Ersatzbauplan der Marine zu streichen, ebenso die Raten für Panzerkreuzer A und B, werden abgelehnt. Bei den Abstimmungen über den Panzerkreuzer enthalten sich die Sozialdemokraten in der Hauptsache der Abstimmung, einige stimmen mit den Kommunisten.

Der kommunistische Antrag, die erste Rate für den Bau des Panzerschiffes B zu streichen, wird abgelehnt. Die Sozialdemokraten enthalten sich der Abstimmung.

Bei der Schlussabstimmung über das Reichshaushaltsgesetz und über die Ermächtigung für die Regierung Brüning, Sparmaßnahmen vornehmen zu können, ergibt die namentliche Abstimmung 290 Stimmen für die Regierung gegen 65 Stimmen der Kommunisten. In dritter Lesung wird sodann der Reichshaushaltsplan 1931 mit 277 Stimmen gegen 74 kommunistische Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen der Wirtschaftspartei angenommen.

Der Schenker-Vertrag wird vor das Reichsgericht kommen. Eine Reihe von sonstigen mit der Haushaltsberatung verbundenen Anträgen wird den Ausschüssen überwiesen.

Die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei haben einen Änderungsantrag zu der Ausschussfassung des Gesetzentwurfs über Zolländerungen eingebracht. Danach soll der Art. 3 folgende Fassung erhalten:

Die Reichsregierung hat die ihr zur Verfügung stehenden Mittel in der Weise einzusetzen, daß das Verhältnis zwischen dem Index der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und den übrigen Indices beseitigt wird und insbesondere der Index der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in ein angemessenes Verhältnis zu dem Index der landwirtschaftlichen Produktions-erfordernisse gebracht wird.

Steigt im Gegensatz zu dieser allgemeinen grundsätzlichen Preispolitik die vom Statistischen Reichsanstalt ermittelte Preisindex für Ernährung über 133 und bleibt sie vier Monate auf diesem Stand, so hat die Reichsregierung unverzüglich durch geeignete Maßnahmen einschließlich der Herabsetzung von Zöllen auf die Preisgestaltung so einzuwirken, daß die Indexziffer auf oder unter dem Index 133 sinkt.

Es folgt die zweite Beratung über das sogenannte Zoll-

ermächtigungsgesetz.

Frau Abg. Sander (Soz.) spricht sich gegen jede Erhöhung des Brotpreises aus.

Reichsfinanzminister Schiele erklärt, daß die Regierung eine Reihe von praktischen Maßnahmen zur Verfügung ständen und daß sie bereit sei, die gegebenen Möglichkeiten anzuwenden, um einer ungerechtfertigten Brotpreissteigerung entgegenzuwirken.

Abg. Rutz (Komm.) polemisiert gegen die Sozialdemokratie, weil sie der Brüning-Regierung ein solches Zollermächtigungsgesetz an die Hand gebe.

Reichsfinanzminister Schiele teilt in Ergänzung seiner vorangegangenen Ausführungen mit, daß dem Kabinett bereits am Donnerstag eine Vorlage zugehen werde, die eine

Heraufsetzung der Ausmaßungsquote von 60 auf 70 Prozent in Form einer Änderung des Brotgesetzes vorsehe. Für die beschleunigte Erledigung dieser Vorlage werde Sorge getragen werden. Diese Heraussetzung werde unmittelbar eine Senkung des Weizenpreises zur Folge haben und damit die Grundlage auch für eine Ermäßigung des Brotpreises geben. Unabhängig davon würden insbesondere die Bemühungen auf Herabsetzung der Handelspanne fortgesetzt. Mit Genugtuung sei festzustellen, daß die der Berliner Zeitung angehörenden Völkermisler soeben beschlossen haben, von einer Erhöhung abzusehen.

Abg. Hepp (Landvolk) stimmt der Vorlage zu mit des

Artikels 3, der die Verbraucherschuldenlast enthält.

Die Vorlage wird darauf in zweiter Lesung in der Kompromissfassung angenommen.

Das Haus verlagert sich auf Donnerstag. Dritte Lesung des

Osthilfegesetzes, dritte Lesung des Zollermächtigungsgesetzes.

kann, d. h., wie groß der hierbei notwendige „Überbrückungskredit“ sein wird. Und noch so manches andere wird von einer heute im einzelnen noch gar nicht zu übersehenden Zukunft abhängen, — einiges auch von dem Tempo, in dem die Vorarbeiten für das Einsetzen der Osthilfe vor sich gehen.

Ähnliches gilt von der „Sparermächtigung“, die der Gefahr — und diese ist nicht so leicht zu nehmen — auf „etatsrechtlichem“ Boden begegnen will, daß eine Verminderung der Reicheinnahmen unter die Vorausschläge oder eine unvorhergesehene Vermehrung von Ausgaben den Reichshaushalt in Unordnung bringt. Dann soll und muß in anderen Teilen auch eine Verkürzung der Ausgaben eintreten, muß besonders dann noch mehr gespart werden, wenn die erwarteten Einnahmen nicht ganz hereinkommen. Ungern haben einzelne Parteien gerade dieser theoretisch sehr weitgehenden Ermächtigung zugestimmt, zudem ja die Reichsregierung darüber hinaus immer noch über das Notverordnungsrecht verfügt, wenn der Reichspräsident seine Zustimmung gibt. Erhöhte Bedenken erzeugte es außerdem, daß der Reichstag bis in den Herbst hinein vertagt wird, er also bis dahin „mischelbige“ Regierungsmaßnahmen nicht beisteilen kann. Am schlimmsten natürlich ist aber die ziemlich absolute Ungewißheit darüber, „was die Reichsregierung zu tun gedenkt“, um die auf einem recht wackligen Boden stehenden Reichsfinanzen vor einem Zusammenbruch zu bewahren bzw. den Boden selbst zu „stabilisieren“. Halbe Versprechungen, mehr oder weniger private Ministeräußerungen haben hier Beklemmungen oder — Wünsche nicht restlos beseitigen können und man hat sich ein bißchen insofern ge- oder vielmehr „versichert“, als diese Finanzermächtigung nur der Regierung Brüning zuteil wird.

Auch bei der dritten „Ermächtigung“, der wohl folgenreichsten, gab es diese Beklemmungen und entsprechende politisch-parlamentarische „Reaktionen“. Daß ist die in dem Agrarprogramm vorgesehene „allgemeine Zollermächtigung“. Man will die Reichsregierung, der diese Ermächtigung für ein Jahr

General von Seede über deutsch-französische Verständigung.

Mißtrauen und Sicherheiten.

Die französische Zeitung „Grelfort“ veröffentlicht eine längere Unterredung mit dem General von Seede über die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich. Erfragt, erklärte der General, daß man in Frankreich heute ein allgemeines Mißtrauen gegen Deutschland feststellen könne, vielleicht als natürliche Folge der Verträge und des neuen europäischen status quo. In Deutschland verstehe man dieses Mißtrauen um so eher, als man sich dort mit derselben Frage beschäftige, nämlich mit der Frage der Sicherheit. Deutschland habe wiederholt erklärt, daß es die deutsch-französische Grenzziehung für endgültig halte. Es wende sich aber entschieden gegen eine Schwächung im Osten. Alle Staaten hätten das Recht, sich zu verteidigen, und man könne dieses Recht Deutschland nicht nehmen. Für eine deutsch-französische Verständigung sei nur die französische Einsicht erforderlich, daß die Sicherheit Deutschlands ebenso wertvoll sei wie die Frankreichs. Er halte eine Befriedigung der politischen Lage Deutschlands für den besten Wegbereiter zu einer allgemeinen Verständigung, befürchte aber, daß Deutschland beim Ausbleiben dieser Befriedigung einer schweren Gefahr entgegengehe, in die das übrige Europa mit hineingezogen werden könne. Der wirtschaftliche Faktor sei im übrigen heute ebenso wichtig wie der militärische. Es genüge nicht, das unzureichende Mittel eines Moratoriums aufzustellen, sondern es handele sich darum, durch Verhandlungen die astronomischen Ziffern der Tribute herabzusetzen, die auf dem deutschen Volke lasten. Man müsse begreifen, daß Deutschland sich sehr bald vor der Unmöglichkeit sehe, weitere Zahlungen zu leisten. Auf den Einwand, daß die Alliierten über die nötigen Mittel verfügten, dem getroffenen Abkommen Achtung zu verschaffen, erwiderte General von Seede, er glaube nicht, daß sie von diesem Mittel Gebrauch machen würden, weil sie dadurch den Rest der deutschen Zahlungsfähigkeit zerstören und mit einem Schlag Schuldner und Gläubiger treffen würden.

Auf die polnische Frage eingehend, glaubte er nicht an eine Verständigungsmöglichkeit, solange der status quo beibehalten werde. Deutschland könne sich auf keinen Fall mit der gegenwärtigen Lage zufrieden geben. Über die Arbeiten des Völkerbundes äußerte sich der gewesene Chef der Heeresleitung sehr ablehnend. Er persönlich habe schon deshalb wenig Vertrauen zum Völkerbund, weil dieser in der Atmosphäre des Krieges entstanden sei. Die Siegerstaaten sähen in ihm ein Mittel zur Aufrechterhaltung des status quo. Wenn der Völkerbund seine alte Politik weiterverfolge, müsse Deutschland ohne Zögern aus dem Völkerbund austreten.

In der Frage der deutsch-russischen Beziehungen erklärte der General, daß die Siegerstaaten selbst an einem starken Deutschland das größte Interesse hätten, das als Puffer gegen den Bolschewismus dienen könne. Zum Schluß der Unterredung stellte der Berichterstatter des Blattes dem General noch die ausgefallene Frage, ob er ein Anhänger des Krieges sei. Seede antwortete hierauf sehr treffend, daß er ja gerade eben die Mittel und Wege dargelegt habe, die einen internationalen Konflikt verhindern sollten.

Die Finanznot der Landkreise.

Neuregelung der Erwerbslosenhilfe.

Der Deutsche Landkreistag hatte Vertreter der Presse geladen, um die Finanzlage der Kreise, Maßnahmen zur Abhilfe der Finanznot in den Kreisen und zur Neuregelung der Arbeitslosenhilfe zu besprechen. Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Dr. v. Stempel, ging in seinen Ausführungen auf die katastrophale Entwicklung der Wohlfahrts-erwerbslosenfragen in den deutschen Landkreisen ein. Die katastrophale Entwicklung der Erwerbslosigkeit habe die mit Industrie stark durchsetzten Landkreise in große Finanzschwierigkeiten gebracht. Die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen, die für die Landkreise maßgebend sind, betrug am 31. August 1930 174 000, am 30. September 190 000, am 31. Oktober 213 000, am 30. November 247 000, am 31. Dezember 290 000, am 30. Januar 1931 bereits 325 000. Der monatliche Aufwand in den 777 deutschen Landkreisen beträgt ungefähr 20 Millionen Mark. Da die Landkreise auf die folgenschwere Entwicklung der Erwerbslosigkeit nicht in dem Maße vorbereitet waren, sind bereits 60—70 Landkreise an den Rand des Ruins gebracht worden.

Die Steuergesetzgebung der letzten Jahre hat hinsichtlich der Erschließung neuer Geldquellen mit Bezug auf die Landkreise nicht Schritt gehalten mit dem Umfang der ihnen übertragenen Aufgaben. Wachsenden finanziellen Anforderungen stehen sinkende Steuereinnahmen gegenüber. Die Rücklagen sind allmählich verbraucht. Vor allen Dingen die mit Industrie durchsetzten Landkreise schließen mit großen Fehlbeträgen ab. Die Landkreise sind Bezirksfürsorgeverbände und als solche Träger der Wohlfahrts-erwerbslosenlasten in der Höhe von 70 Prozent. Während den Gemeinden neue Steuerquellen zugewiesen wurden, ist das bei den Landkreisen nur in ungenügendem Maße der Fall.

Um diesen finanziellen Schwierigkeiten entgegenzutreten, hat der Landkreistag einen Gesetzentwurf für die Erwerbslosenhilfe seinerseits ausgearbeitet. Es ist darin vor allen Dingen eine Bedürftigkeitsprüfung vorgesehen, die unter Wegfall der Lohnklassen rein individuell und nach Rücksicht vor sich gehen soll. Die Durchführung der Fürsorge soll dagegen bei den Arbeitsämtern liegen, da diese die Arbeitsvermittlung bei sich durchführen müssen. Infolgedessen sollen nach den Vorschlägen des Deutschen Landkreistages Krisenfürsorge und Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge in Zukunft nicht mehr getrennt werden. Es soll bei der Arbeitslosenhilfe eine Zuteilung Platz greifen, einerseits der Hauptunterstützungsempfänger aus der Versicherung, andererseits aus den Wohlfahrts- und Krisenunterstützten. An den Lasten sollen sich das Reich, die Länder und die Fürsorgeverbände beteiligen. Die ganze finanzielle Regelung hat nur dann einen Sinn, wenn die unter der Last der Wohlfahrts-erwerbslosen buchstäblich zusammenbrechenden Landkreise hierbei entlastet werden. Die Wohlfahrts-erwerbslosigkeit, die vom ganzen Volke zu tragen ist, ist eine Volkslast und daher muß der Hauptteil dieser Lasten vom Reich getragen werden. Den nächsthöheren Leistungsteil haben die Länder zu tragen. Die Landkreise müssen nur nach ihrer Leistungsfähigkeit an der Tragung der Lasten beteiligt werden. Selbstverständlich muß die kommende Neuregelung, sei es durch Not-

Um den Brotpreis.

Außerordentlicher Obermeisterstag des Bäckerinnungsverbandes „Westfalen“ in Dortmund.

Der Bäckerinnungsverband Westfalen sah sich infolge der seit Wochen eingetretenen, bedeutenden Steigerung der Mehlpreise gezwungen, am Dienstag einen außerordentlichen Obermeisterstag nach Dortmund einzuberufen. Der große Saal des Handwerkshauses in Dortmund war bis auf den letzten Platz gefüllt, auch waren die Herren Vertreter der westfälischen Regierungen erschienen, welche den Ausführungen der Referenten und Diskussionsredner mit Interesse folgten.

Der Vorsitzende des genannten Verbandes, Herr Obermeister Grobe-Dortmund, leitete den Obermeisterstag ein und begrüßte die Erschienenen, insbesondere die Vertreter der Regierungen, der Stadt Dortmund und sonstigen Behörden, die Gäste aus dem Bäcker-Zweigverband Rheinland, ferner die Vertreter der verschiedenen Handwerksorganisationen (Kammern, Handwerkerbund etc.). Insbesondere machte er darauf aufmerksam, daß die heutige Tagung aus tiefer Not des Bäckerhandwerks heraus einberufen worden sei und er hoffe, daß die verzweifelte Lage des Bäckerhandwerks den Behörden-Vertretern eindringlich bewußt werde. Er rügte scharf die Tätigkeit eines Verbraucher-Ausschusses in Westfalen, der nicht von vernünftigen, wirtschaftlichen Überlegungen geleitet, sondern nur aus tendenziösen Maschinenhaft das Volk beunruhigte. Die Herabsetzung der Brotpreise im Herbst v. J. sei nur erfolgt, weil man sich auf die Versprechungen der Regierung verlassen habe, daß auch alle am Brotpreis beteiligten Faktoren gesenkt werden sollten; das Bäckerhandwerk habe Vorleistungen gemacht. Nichts von allen Versprechungen sei aber bis heute gehalten worden. Das Entgegenkommen des Bäckerhandwerks sei bitter enttäuscht worden und er sage nicht zuviel, wenn er behaupte, daß heute die Verdienste des Bäckerhandwerks nicht nur um einige Prozent, sondern oft sogar bis zum Nullpunkt durch die Preisentfaltungen und den Verbrauchsrückgang geschmälert worden seien.

Unhaltbar werden die Zustände in den letzten Wochen durch die dauernden Mehlpreissteigerungen, die durch die Agrarpolitik der Regierung hervorgerufen werden. Es gibt heute nur noch einen Ausweg: Senkung der Mehlpreise und Senkung der am Brotpreis beteiligten Faktoren — oder Erhöhung der Brotpreise. Über die Auswirkungen einer solchen Broterhöhung sei man sich im Bäckerhandwerk vollständig klar; die Schuld treffe aber nicht den Bäcker, sondern die maßgeblichen Stellen. Man könne sich nicht stets auf die Not der Landwirtschaft allein berufen, der auch das Bäckerhandwerk weitgehend zu steuern versucht habe. Aber wenn auch die Not der Landwirtschaft anerkanntermaßen sehr groß sei, so müsse doch an dieser Stelle einmal ausdrücklich betont werden, daß auch die Not des Handwerks zum mindestens ebenso groß sei. Das Bäckerhandwerk unterscheide sich von der Landwirtschaft wesentlich dadurch, daß es seine Not durch Selbsthilfe zu beseitigen versuche; auch die Landwirtschaft müsse diesen Weg beschreiten, wenn auch anerkannt werden müsse, daß für sie Staatshilfe in gewissem Rahmen unbedingt notwendig sei. Zusammenfassend erklärte Herr Grobe, daß es nicht der Wunsch des Bäckerhandwerks sei, die Brotpreise zu erhöhen, sondern daß es sie lieber auf dem bisherigen Stande belasse. Wenn aber Mehlpreise und alle sonstigen auf dem Brotpreis ruhenden Lasten dauernd erhöht, statt gesenkt würden, so sei das Bäckerhandwerk letzten Endes gezwungen — ob es wolle oder nicht — das Brot teurer zu verkaufen, wenn es nicht seine Existenz untergraben wolle. Er bat die Vertreter der Regierungen eindringlich, ihren ganzen Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß Maßnahmen getroffen würden, die eine Beibehaltung des heutigen Brotpreises ermöglichten.

Nach diesen Ausführungen schilderte der Verbandsgeschäftsführer, Herr Lubbeßing-Bochum, die Entwicklung der Lage am Getreide-, Mehl- und Brotmarkt. Er wies darauf hin, daß im Augenblick der Brotpreise das Ringlein an der Waage des innerpolitischen Gleichgewichts sei, daß er dies werden konnte, sei aber nicht Schuld des Bäckerhandwerks, sondern Schuld der Regierungsmaßnahmen auf agrarpolitischem Gebiete. Es sei eben unmöglich, die Agrar-

Bericht über die Arbeitsmarktlage der Angestellten im Monat Februar 1931.

Das Landesarbeitsamt Westfalen teilt mit:

Die Arbeitsmarktlage in den Angestelltenberufen hat im Monat Februar 1931 im Bezirk des Landesarbeitsamtes Westfalen eine weitere Verschlechterung erfahren, die sowohl in der Zunahme der Zahl der Arbeitsuchenden, als auch in einem erheblichen Rückgang des Stellenangebots zum Ausdruck kommt. Allerdings hat die Verschlechterung nicht mehr das Ausmaß des Vormonats angenommen, der infolge des Jahres- und Quartalschlusses eine besondere starke Steigerung der Arbeitsuchendenziffer aufzuweisen hatte.

Nach den Berichten der Angestelltenabteilungen in Bochum, Dortmund, Hagen, Münster und Bielefeld ist die Gesamtzahl der im Bezirk des Landesarbeitsamtes Westfalen registrierten arbeitssuchenden Angestellten von 19185, davon 12345 männlich und 6840 weiblich, Ende Januar 1931 auf 20272, davon 12627 männlich und 7645 weiblich, Ende Februar 1931, d. h. um 1087 = 5,66 v. H. gestiegen. Bei den männlichen Angestellten vermehrte sich die Ziffer um 228 = 2,28 v. H., bei den weiblichen Angestellten dagegen um 805 = 11,77 v. H. Die weiblichen Angestellten wurden danach von der Zunahme der Arbeitslosigkeit am stärksten betroffen, was nicht zuletzt auf den verschlechterten Geschäftsgang im Einzelhandel zurückzuführen ist.

Der Neuzugang an Arbeitsuchenden in Höhe von insgesamt 3555 Personen kam u. a. zu 41,95 v. H. aus dem

preis zu erhöhen und gleichzeitig die Verbrauchspreise zu senken. Nicht propagandistische Auswirkungen des Brotpreises für die breiten Massen hätte das Bäckerhandwerk zu seiner heutigen Stellungnahme in der Brotpreisfrage bestimmt, sondern einzig und alleine rein-wirtschaftliche Überlegungen und seine eigene, von Tag zu Tag erschreckend wachsende Notlage.

Die Brotpreissteigerung werde erforderlich durch die Steigerung der Mehlpreise, durch die Steigerung der Steuern und Soziallasten und durch die — entgegen dem Versprechen der Regierung — nicht gesenkten, sondern oft sogar noch erhöhten sonstigen am Brotpreis beteiligten Faktoren.

Er vertrat dann die Auffassung, daß eine Senkung der Mehlpreise möglich sei, weil der Verbrauch an Inlandsweizen und Inlandsroggen in dem bis heute abgelassenen Teile des Wirtschaftsjahres bereits so enorm gewesen sei, daß mit einem Verbrauch der noch vorhandenen Bestände bis Juni, spätestens Anfang Juli, zu rechnen sei. Die Vermehrung der Anbaufläche für Inlandsweizen und die Verkleinerung der Roggenanbaufläche in Deutschland lasse im übrigen mit großer Sicherheit hoffen, daß solche unerquicklichen Zustände, wie wir sie bisher hatten, in diesem Ausmaß nicht wieder eintreten würden. Zu fordern sei eine stärkere Herabsetzung des Vermahlungszwanges für Inlandsweizen und Herabsetzung des Weizenzolles, die ohne Gefahr für den Verbrauch von Inlandsweizen durchgeführt werden könne, weil der Vermahlungszwang einer solchen Entwicklung wirksam entgegenstehe. Durch die Herabsetzung des Weizenzolles werde der Mehlpreis verbilligt werden können, weil dann der auch heute noch zwangsläufig zur Verwendung gelangende Auslandsweizen mit seinem billigen Preise sich auf den Mehlpreis günstig auswirken könne (die Weizenproduktion der deutschen Landwirtschaft reicht nicht aus zur Befriedigung des gesamten Bedarfs in Deutschland.)

Aber auch bei Roggen müsse eine Verbilligung des Roggenmehles durch die Herabsetzung der Ausmahlung von 60 auf 70% erzielt werden und auch hier seien Zollsenkungen, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie bei Weizen möglich und von vorteilhaftem Einfluß auf die Roggenmehlpreise.

Im übrigen liege ein Hauptübel der heutigen Zustände am Agrarmarkt mit darin, daß durch eine verfehlte Politik auf wirtschaftlichem, sozialem und öffentlichen Gebieten in den letzten Jahren die Spanne zwischen den Agrarpreisen und Industrie- bzw. Gewerkepreisen immer mehr erweitert habe; es müsse hier eine Anpassung erzielt werden, die Rücksicht auf die weltwirtschaftlichen Verhältnisse zu nehmen habe.

Eine lebhaftere Aussprache setzte nunmehr ein. Wiederholt wurde beklagt, daß von verschiedener Seite der Versuch gemacht werde, dem Bäckerhandwerk die Verteuerung in die Schuhe zu schieben; andererseits sei aber auch festzustellen, daß die offene Preispolitik des Bäckerhandwerks keine Mißdeutung nach irgend einer Seite zulasse, wodurch das Vertrauen großer Teile der Bevölkerung gewonnen sei. Wiederholt griffen auch die Herren Regierungsvertreter in die Diskussion ein.

Nach fast zweistündiger, eingehender Aussprache bat der Vorsitzende, eine an und für sich durchaus berechnete, sofortige Erhöhung der Brotpreise nicht vorzunehmen, sondern der Regierung eine Karenzzeit zur Durchführung geeigneter Maßnahmen bis zum Ende des Monats zu lassen. Diesem Antrag wurde zugestimmt und an die Reichsregierung wurde hierauf ein Telegramm folgenden Inhalts gesandt:

„Die heute im großen Saale des Handwerkshauses in Dortmund versammelten rund 500 Führer des westfälischen Bäckerhandwerks ersuchen die Reichsregierung, sofort Maßnahmen zur Herabsetzung der Mehlpreise zu ergreifen. Nach Ablauf des 31. März 1931 ist das Bäckerhandwerk unweigerlich gezwungen, die Brotpreise in ganz Westfalen zu erhöhen, und kann nicht mehr für die Folgen verantwortlich gemacht werden.“

Bäckerinnungsverband Westfalen.“

Kleinhandel, zu 24,75 v. H. aus der Industrie, zu 9,96 v. H. aus dem Großhandel, zu 7,03 v. H. aus dem Baugewerbe, zu 2,98 v. H. von Behörden und zu 0,87 v. H. aus dem Bergbau. Im ganzen hat das Neuangebot an Bewerbern das Angebot des Vormonats nicht erreicht; es entspricht in etwa dem Dezember-Angebot.

Ueberraschend ist die Feststellung, daß Ende Februar 1931 in Westfalen und Lippe, gemessen an der Beschäftigtenzahl nach der Volkszählung vom Jahre 1925, auf 100 beschäftigte Arbeiter etwa 31 arbeitslose Arbeiter, auf 100 beschäftigte Angestellte dagegen nur etwa 6 arbeitslose Angestellte entfielen.

Wirtschaftsnot als Schnitter Tod.

Selbstmord und „Lebenshilfe“.

Je höher die Welle der Erwerbslosigkeit in Deutschland steigt, desto stärker zieht die Kurve der Selbstmorde an. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes haben im Jahre 1928 — abschließende Zahlen aus neuerer Zeit liegen noch nicht vor — nicht weniger als 16 036 Deutsche Selbstmord begangen, 11 239 Männer, 4797 Frauen. Mit anderen Worten: täglich legten 44 Deutsche Hand an sich. Nicht in allen Fällen waren die Motive aufzuklären. Eins ist aber anzunehmen, daß schon damals annähernd 12 000 Deutsche aus wirtschaftlicher Not ihrem Leben ein Ende gemacht haben. Die Zahl der Unglücklichen, die aus Furcht vor Siechtum, aus verletztem Ehrgefühl oder aus seelischem Leid zu Selbstmordern werden, ist seit dem Weltkrieg im Rückgang begriffen. Ausgenommen davon sind die Geisteskranken: fast jeder Geistesranke unternimmt einmal einen Selbstmordversuch. Die Selbstmordstatistik von 1928 gibt auch die Todesarten bekannt. 49,9 Prozent der Männer wählten den Tod des Erhängens, 20,1 Prozent griffen zur Schusswaffe; von den Frauen waren es 28,7 Prozent, die sich erdrosselten, 24,1 Prozent atmeten Leuchtgas ein, 23,1 Prozent gingen ins Wasser, 9,2 Prozent griffen zu Giften und 3,5 Prozent zum Revolver.

Auch der Völkerbund führt eine Statistik, die aber noch sehr lückenhaft ist. Nach dieser geben sich in Europa jährlich 50 000 Menschen den Tod. Danach entfallen auf 100 000 Einwohner in Ungarn und der Tschechoslowakei 26 Selbstmörder, in Deutschland 23, in Österreich 22 und in Frankreich 17. An sechster Stelle ex-

Ella Augustin bereute weinend. Nur Kippnied weiß im schuldblos, was er oft betont. Ella Augustin springt auf und ruft: „Aber der Mörder sind Sie.“ Red verzichtete auf das Schlusswort, die übrigen Angeklagten erklärten, sich seiner Schuld bewusst zu sein.

Wieder ein Fall Tegner.

Neuer Versicherungsmord in Berlin?

Am vergangenen Sonnabend früh wurde die 50jährige Ehefrau des Tischlermeisters Bafche in ihrer Wohnung in der Einbeckenstraße in Friedenau mit einer schweren Kopfverletzung tot aufgefunden. Der Chemann, der der Polizei die erste Mitteilung von der Tat machte, wurde im Laufe der Ermittlungen in Haft genommen. Bei den Vernehmungen verweigerte sich Bafche in zahlreiche Widersprüche, auch wurden auf seiner Arbeitskleidung von dem Gerichtsschreiber Blutspritzer gefunden, die als Blut der ermordeten Frau nachgewiesen werden konnten. Bafche hatte zusammen mit seiner Frau vor einigen Monaten eine Lebensversicherung über 800 Mark abgeschlossen. Da Bafche vor zwei Jahren schon einmal in den Verdacht geraten war, in seiner Wohnung einen Brand angelegt zu haben, um eine Versicherung wirksam zu machen, nimmt man an, daß Bafche seine Frau erschlagen hat, um sich in den Besitz der Versicherungssumme zu setzen. Bafche bestritt nach wie vor, die Tat begangen zu haben. Er wurde wegen Verdachts dem Untersuchungsrichter beim Polizeipräsidium vorgeführt.

Eine Fliegerin marschiert durch die Sahara.

Elli Weinhorn in Nöten.

Die deutsche Afrikanierin Elli Weinhorn ist nach einer viertägigen Wanderung durch die Wüste Sahara völlig erschöpft in Timbuktu eingetroffen. Die Fliegerin war vor acht Tagen von Bamako im französischen Sudan nach Timbuktu abgeflogen, erlitt aber etwa 50 Kilometer vor Timbuktu eine ernste Panne: ihr Flugzeug mußte wegen eines Strohbruchs notlanden. Nachdem Elli Weinhorn erkannt hatte, daß wegen der schlechten Bodenverhältnisse an der Notlandungsstelle ein neuer Start nach Timbuktu unmöglich war, entschloß sie sich, die 50 Kilometer zu Fuß zurückzulegen.

Im Wüstenlande und Wüstenbrände marschierte sie forsch draußlos und traf nach vier Tagen an ihrem „Bestimmungsort“, wo man ihr wegen bereits in größter Sorge war, ein. Ihr gesamtes Gepäck hatte sie bei dem im Sande liegenden Flugzeug zurückgelassen. Man will nun versuchen, das Flugzeug zu einem besseren Startplatz abzuschleppen. Sollte das nicht gelingen, so muß das Flugzeug als verloren bezeichnet werden, und Elli Weinhorn wird dann wohl „auf dem gewöhnlichen Wege“ nach Berlin zurückkehren müssen.

Rasche Hilfe für die Rektorat- und Mittelschulen.

Der Preussische Landgemeindetag West hat in einer gemeinsamen mit dem Verband der Preussischen Landgemeinden, dem Reichstädtetund und dem Preussischen Landkreistag an den Preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gerichteten, näher begründeten Eingabe auf die ständig steigende Belastung der Gemeinden durch die von ihnen unterhaltenen Rektorat- und Mittelschulen hingewiesen und im Hinblick auf die außerordentliche Finanznot eine Erhöhung der staatlichen Mittel für Ergänzungszuschüsse, eine andere Verteilung der Ergänzungszuschüsse unter Zugrundelegung der von den Gemeinden aufzuwendenden Mittel und der Leistungsfähigkeit der Gemeinde, Abänderung der Beitragsfestsetzung zur Landesmittelschulklasse und endlich die Möglichkeit der Erteilung des technischen Unterrichts an kleineren Rektorat- und Mittelschulen durch nebenamtlich beschäftigte Kräfte verlangt.

Die von den Gemeinden an die Landesmittelschulklasse zu leistenden Zahlungen sind im allgemeinen wesentlich höher als die Beträge, die ihnen aus der Landesmittelschulklasse zufließen; insbesondere sind die Gemeinden unter 10 000 Einwohnern benachteiligt. Der Zweck der Landesmittelschulklasse, durch die Zusammenfassung der Schulaufträger zur Aufbringung der Gehälter und Pensionen einen Lastenausgleich zugunsten der kleineren Leistungsschwachen Gemeinden zu schaffen, ist mithin in das Gegenteil verkehrt. Der Verband hat daher beantragt, unverszüglich einen befriedigenden Ausgleich dadurch zu schaffen, daß im Wege der Gesetzesänderung ein bestimmter Prozentsatz festgesetzt wird, über den hinaus die Gemeinden Mehrzahlungen an die Landesmittelschulklasse nicht zu leisten haben.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 26. März 1931.

Der Palmsonntagsbaum und der Palmsonntagsesel.

Im Salzburgerischen ist es Brauch, am Palmsonntag einen Baum mit bunten Bändern und Schleifen auszustatten und ihn dann in der Kirche weihen zu lassen. Jungen bringen den Baum in das Gotteshaus. In dem Leben eines Salzburgerischen Jungen ist dies ein wichtiges Amt, das einen bedeutsamen Abschnitt in seinem Leben darstellt. Bevor nämlich solch ein Junge noch keinen Palmsonntagsbaum getragen hat, bekommt er auch noch keine Lederhose. In den Besitz solcher Hosen zu kommen und damit aus der Reihe der Kleinsten auszuscheiden, ist aber das eifrige Streben eines jeden Jungen.

Hier und da spielt am Palmsonntag auch der Esel eine Rolle. Nach einem alten orientalischen Märchen wird der Esel, den Jesus bei seinem Einzuge in Jerusalem ritt, in das Paradies kommen. Über diesen Palmsonntagsesel dichtete Goethe im Westfälischen Dinan:

„Den Vortritt hier ein Esel hat,
Er kommt mit muntren Schritten;
Denn Jesus zur Prophetenstadt
Auf ihm ist einst geritten.“

Osterverkehr der Post.

Die Post bittet, zur Vermeidung von Anhäufungen und Verzögerungen die Osterpakete und -päckchen möglichst frühzeitig aufzuliefern, sie gut zu verpacken, die Aufschrift haltbar anzubringen und den Bestimmungsort, soweit notwendig unter näherer Bezeichnung seiner Lage, besonders groß niederzuschreiben. Auf den Paketen und Päckchen muß die vollständige Anschrift des Abenders angegeben und in das Paket ein Doppel der Aufschrift gelegt werden. In den Päckchen sind etwaige Hohlräume mit Holzwole usw. auszufüllen, damit die Sendungen bei der Beförderung in Säcken und beim Stapeln nicht eingedrückt werden. Sie müssen deutlich als „Briefpäckchen“ oder „Päckchen“ bezeichnet sein.

Gedruckte einfache Osterkarten, die in Größe, Form und Papierstärke den Bestimmungen für Postkarten entsprechen und ohne Umschlag versandt werden, unterliegen einer ermäßig-

Sitzung der Gemeindevertretung Schalksmühle.

—r Schalksmühle, 26. März 1931.

Am Mittwoch, dem 25. März 1931, nachmittags 4 Uhr, fand die Sitzung der Gemeindevertretung unter dem Vorsitz von Gemeindevorsteher Diergarten und unter Beisein von Bürgermeister Watermann, dem stellvertretenden Gemeindevorsteher Groll im Kaffeehause Schulz in Schalksmühle statt. Fast sämtliche Vertreter waren erschienen und wurde folgendes verhandelt und beschlossen:

1. **Erlaß einer Gemeindebiersteuerordnung.** Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 gibt den Gemeinden das Recht, eine Steuer auf den örtlichen Verbrauch von Bier zu erheben. Die Steuer wird nach der Menge bemessen und beträgt

bei Einfachbier	2,50 RM
bei Schanfbier	3,75 RM
bei Bollbier	5,00 RM
bei Stollbier	7,50 RM

für je 1 Hektoliter.

Auf Grund des § 7 Ziffer 1 der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 kann die Gemeindebiersteuer bis zum Doppelten der vorstehend genannten Sätze erhoben werden.

Zur Ausgleichung des Haushaltsplanes für 1931 ist die Erhebung der Biersteuer erforderlich. Seitens des Gemeindevorstandes wird die Einführung der Biersteuer notgedrungen zur Beschlußfassung vorgelegt. Leider ist der Wohlfahrtsrat derart belastet, daß die Biersteuer zur zwingenden Notwendigkeit geworden ist. Im Vorjahr war der Wohlfahrtsrat mit 6000.— RM eingeseht und bis Ende Januar waren schon 10 500 RM verbraucht und am

ten Gebuhr. In diesen Karten dürfen außer den sogenannten Abfenderangaben (Abfendungsart, Name, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Abfenders) noch weitere fünf Wörter, die mit dem gedruckten Wortlaut im Zusammenhange stehen müssen, handschriftlich hinzugefügt werden. Als solche Nachtragungen gelten z. B. die üblichen Zusätze „sendet“, „Ihre“, „Dein Freund“, „sendet Dir“, „sendet mit besten Grüßen Ihre“ usw. Die Gebühr beträgt sowohl im Ortsbereich des Aufgabortes als auch im innerdeutschen Fernverkehr sowie im Verkehr mit der Freien Stadt Danzig, mit Litauen, dem Memelgebiet, Lauenburg und Ostpreußen für einfache Karten (ohne Umschlag verpackt) 3 Pfennig, für Karten im offenen Umschlag bis 20 Gramm 4 Pf.

□ **Kriegsgefangenenguthaben.** Demnächst werden aus Reichsmitteln die belgischen Kriegsgefangenenguthaben an die Anspruchsberechtigten, welche ihre Forderungen durch Guthabenscheine belegen können, ausbezahlt. Hierzu teilt die „Arbeitsgemeinschaft der Vereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener Deutschlands e. V.“ (Bremen, Postfach 479) mit, daß diese Auszahlungen, welche auch Sanitätsguthaben betreffen, nichts mit den gegenwärtig laufenden Auszahlungen der sog. Frankreichguthaben zu tun haben.

—* **Schupo überfällt.** Wie amtlich mitgeteilt wird, ist der Bedarf an Anwärtern für den Dienst in der Schupo für den April-Lehrgang 1931 bei weitem gedeckt, so daß Einstellungsgesuche keine Aussicht auf Erfolg mehr haben. Für die Einstellung zum 1. Oktober 1931 können von Mitte April ab Bewerbungen eingereicht werden.

Salver

—r Am Mittwoch, dem 1. April findet hier selbst im Sitzungssaal des Amtshauses Gerichtstag statt. Zur Förderung der Geschäfte ist es erforderlich, daß die zu verhandelnden Sachen vorher beim Amtsgericht in Lüdenscheid angemeldet werden, damit die betr. Akten zur Stelle sind.

Schalksmühle

—r Am Sonntag werden in unserer Kirche 18 Knaben

1. 4. werden voraussichtlich 14 000 RM aufgebracht sein. Eine Erhöhung der Realsteuern kann und darf lt. Notverordnung nicht mehr erfolgen. Ein Fehlbetrag würde sich ergeben, wenn die Biersteuer nicht beschlossen sei, worauf nach einigem Hin und Her einstimmig die Einführung der Biersteuer ab 1. 4. in Kraft treten zu lassen, beschlossen wird.

2. **Unfallversicherung für die Feuerwehr.** Gemeindevertretung hat am 28. August 1930 für unfallverletzte Feuerwehrleute erweiterte Leistungen beschlossen. Inzwischen hat die Westfälische Provinzial-Feuerzöietät in Münster eine Verbesserung der Leistungen vorgenommen. Bürgermeister Watermann erläutert einige Beispiele aus der Praxis, worauf Vertretung ebenfalls einstimmig beschließt, es bei der bisherigen Zusatzversicherung der Gemeinde zu belassen. Es gehe nicht an, die Feuerwehrleute, die sich freiwillig in den Dienst der Allgemeinheit unter Einsetzung ihres eigenen Lebens stellen, unberücksichtigt zu lassen.

3. **Der Dringlichkeitsantrag** der Bürgersteuer bezw. deren Einführung schon jetzt zur Beratung zu stellen, fiel auf protestierenden Boden des Vertreters Bornemann, der die schwerwiegenden Fragen noch nicht als gegeben erachtet, worauf der Gemeindevorstand, wie beabsichtigt, den Antrag zurückzog. Trotzdem wird er notgedrungen bei der demnächstigen Haushaltsberatung 1931-32 zur Beratung stehen müssen. Hiermit war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erschöpft. Es schloß sich eine vertrauliche Sitzung an.

und 15 Mädchen konfirmiert. So klein ist die Zahl der Konfirmanden noch nie gewesen. — Am Dienstag wird Herr Rektor Weimann aus Plettenberg den angekündigten Vortrag über die Einführung in das neue Gesangbuch halten und zwar nachmittags um 6 Uhr. Die Zeit ist etwas später gelegt, damit nach Arbeitschluß der Fabriken allen die Möglichkeit zur Beteiligung geboten ist. Es wird noch einmal herzlich eingeladen.

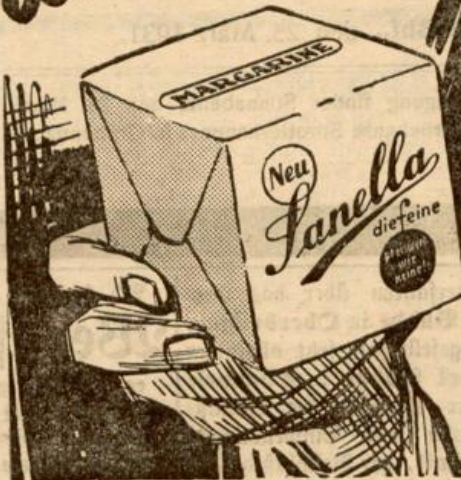
Kierspe

—r Die Dienststunden der Amts- und Gemeindeverwaltung Kierspe beginnen am 1. April d. J. für das Sommerhalbjahr 1931 um 7 1/2 Uhr und endigen um 12 1/2 Uhr. Nachmittags sind die Dienststräume nur in Eilfällen für die Bevölkerung geöffnet. Am Mittwochsnachmittag ist nur beschränkter Dienst. Samstagnachmittags und Sonntags ruht der Dienst.

—r **Bestandene Prüfung.** Fräulein Reininghaus-Grünenbaum und Fräulein Berckmann-Kierspe-Bhf. die beide ihre Reifeprüfung auf dem Oberlyzeum in Lüdenscheid bestanden hatten, haben die Aufnahmeprüfung für die Pädagogische Akademie in Dortmund bestanden.

—r **Märkische Lichtspiele.** Dem diesmaligen Programm der Märkischen Lichtspiele wird wiederum besondere Aufmerksamkeit entgegen gebracht. An erster Stelle steht „Der gelbe Kurier“, nach dem Weltroman „Rouge et noir“. Er behandelt in packenden Bildern die Tragödie einer großen Liebe. Julien Sorel hat in einer französischen Stadt die Liebe der Frau des dortigen Bürgermeisters gewonnen. Als ihn jedoch andere Ziele locken, läßt er diese Frau im Stich. Doch sollte die Rache dieser Frau hierfür furchtbar sein. Als Sorel sich an einer politischen Verschwörung beteiligen will, wird er von seiner ehemaligen Geliebten verraten. Man faßt ihn und führt ihn zum Scheiterhaufen, vor dem er im letzten Augenblick noch wie durch ein Wunder gerettet wird. Den Abschluß des Romans bildet alsdann die Vereinigung mit seiner Braut. Der Film ist ein wahres Meisterwerk der Darstellung, und hat überall das größte Aufsehen erregt, sodaß er auch hier bestimmt ge-

Ein Riesenerfolg der Qualität...



Einen solchen Ansturm haben die Läden kaum je erlebt! In vielen Fällen war Sanella schon nach ein paar Stunden restlos ausverkauft... Aber das ist ja auch erklärlich: noch nie gab es eine

so wundervolle Margarine zu so niedrigem Preis! Von vielen tausend Hausfrauen wird jetzt Sanella begeistert verbraucht. Überzeugen Sie sich selbst und auch Sie werden zufrieden sein.

Lanella
MARGARINE

35^g
das 1/2 Pfund

DIE FEINE
PREISWERT WIE KEINE

Fallen wird. Würdig zur Seite steht diesem Filmwerk „Nivalen in Alaska“ in 5 Akten, der einen Roman aus dem wilden Westen behandelt. Wie zwei Nivalen um dieselbe Geliebte kämpfen, wie es dabei nicht ohne einen Mord hergeht, und wie unter unglücklichen Umständen der eine durch die Flucht seinen Verfolgern entziehen muß, löst außerordentlich spannende Momente aus, und steigert das Interesse der Zuschauer mit jedem Akt. Diesen Großfilmen wird noch ein gutes Beiprogramm hinzu gefügt, von der Groteske in 2 Akten „Der Bräutigam im Pjama“ genannt sein soll. Wer daher einige genussreiche Stunden verleben will, möge sich diese Filme ansehen.

Rönsahl

—r Die auf Donnerstag, den 26. März angeordnete Sitzung der Rönsahler Gemeindevertretung ist auf Montag, den 30. März verschoben.

—r Dem Vernehmen nach wird der Oberlandjäger Arend zu Rönsahl zum 1. 4. 1931 als Landjägermeister nach Deuz (Kreis Siegen) versetzt.

—r Brügge. Am kommenden Sonntag findet im Hauptgottesdienste unter Mitwirkung des Kirchenchores die Konfirmation der am letzten Sonntage geprüften 21 Kinder statt.

Bredersfeld. Unfall. Einen Knöchelbruch der Hand erlitt beim Ausbauen von Erbsenreißern im Walde der Fabrikarbeiter J. W. dadurch, daß er unglücklich zu Fall kam. Der Unfall ist um so bedauerlicher, als der Betroffene vor Jahren bei einem Betriebsunfall schon einige Finger der Hand verlor.

Hamm. Wegen fortgesetzter Unterschlagungen im Amt, Urkundenfälschung in Tateinheit mit Unterschlagung, vorsätzlicher Vernichtung öffentlicher und privater Urkunden im Amt, Unterdrückung von Briefen, die der Post anvertraut waren, Vergehens gegen das Schußwaffengesetz und unerlaubten Ueberschreitens der Grenze wurde der Postauswärtiger Bruno Kampmann aus Nordbögge bei Hamm vom hiesigen erweiterten Schöffengericht zu einem Jahr und zwei Monaten Zuchthaus verurteilt. Er hatte insgesamt 1150 RM unterschlagen und war nach Aufdeckung seiner Veruntreuungen und Mitnahme von 400 RM aus der Postkasse nach Holland geflüchtet.

Summersbach. Von einem Auto angefahren und getötet. Auf der Straße Rospe-Vollmerhausen ereignete sich Dienstagabend ein bedauerlicher Unfall, bei dem ein junges Menschenleben vernichtet wurde. Der Metzgerlehrling Dannenberg aus Rospe, der seinen Eltern einen Besuch abgestattet hatte, wurde in der Nähe des an der Straße befindlichen alten Steinbruchs von dem Auto des Kaufmanns B. aus Summersbach erfasst und zur Seite geschleudert. Er trug einen Schädelbruch davon, der seinen sofortigen Tod herbeiführte. Die Leiche wurde ins Elternhaus nach Rospe gebracht.

Allendorf. Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich Dienstagabend zugetragen. Durch Schadhaftheit eines Isolators im elektrischen Verteilungsnetz trat

Strom über einen Eisenmast auf einen Eisendraht der Umzäunung einer Weide. In unmittelbarer Nähe war der Hotelbesitzer Klute-Simon beschäftigt. Vermutlich ist er mit dem Eisendraht in Berührung gekommen und auf diese Weise tödlich verunglückt. Der Landwirt Nagel jr., welcher dem Verunglückten zur Hilfe kommen wollte, erlitt bei dem Versuch, ihn zu befreien, geringfügige Verletzungen.

Eistaufe des Nordpol-U-Bootes.

„Nautilus“ heißt es.

Frau Willins, die Gattin des Forschers und Fliegers Hubert Willins, der unter Wasser, d. h. in einem Unterseeboot, zum Nordpol fahren will, hat jetzt im Hafen von New York diesem U-Boote einen Namen gegeben. An Stelle des Seiles, der sonst bei Schiffstauen verwendet wird, leerte Frau Willins einen Kübel mit Eis über den Bug des Unterseebootes. Hierbei sprach sie folgende Worte: „Schiff, ich nenne dich „Nautilus“. Ziehe aus zu deinem wunderbaren Abenteuer. In deinem Herzen liegt ein heiliger Schatz — bring mir diesen Schatz zurück!“ Die sehr poetische Ansprache fand allgemeine Anerkennung.

Eingefandt.

(Ohne Verantwortung für die Redaktion.)

Laut Bericht der Kölnischen Zeitung sagt Herr Oberbürgermeister Dr. Lehr in der gestrigen Sitzung des Rheinischen Provinziallandtages im Auftrage der aus Volkspartei, Demokraten und Deutschnationalen gebildeten Arbeitsgemeinschaft u. a. folgendes:

„Wir können zu einer Gesundung der öffentlichen Finanzen nicht kommen, wenn nicht nochmals und baldigst Gehälter und Löhne aller öffentlichen Verwaltungen überprüft werden.“

Dabei muß darauf geachtet werden, den öffentlichen Verwaltungen eine größere Beweglichkeit in ihrem Beamten- und Angestelltenkörper einzuräumen. Wir müssen die Möglichkeit bekommen uns mehr als bisher bei ungenügender Gehaltsleistungen der privatwirtschaftlichen Grundeinstellung zu nähern, daß die Leistungen bezahlt werden sollen. Es ist ein Uebelstand in allen öffentlichen Verwaltungen, daß ein großer Teil der einfachsten und einfachen Arbeiten mit viel zu hochwertig eingestuftem Personal geleistet wird. Notfalls muß eine grundlegende Gesetzesreform hier die finanziellen Sparmöglichkeiten schaffen. Die Beamten und Angestellten haben selbst das größte Interesse daran, daß die sogenannte „Schöntour“ möglichst zugunsten hervortretender Leistungen unterbrochen wird.“

Man dürfte von Herrn Dr. Lehr, dem Oberhaupt der Stadt Düsseldorf, wohl annehmen, daß er die Verhältnisse kennt und weiß wo uns der Schuh drückt.

Civis.

Turnen, Spiel und Sport.

Die 1. Borturnerstunde im 1. Bezirk des Lenne-Volme-Turmganges findet kommenden Sonntag nachmittag beim Tv. Höb statt. Die Frauenturnwart und Turnerinnen des

Bezirks treffen sich zum Zusammenturnen vormittags in der Festhalle in Lüdenscheid. Um 1 Uhr wird der Frühjahrsfeldlauf für Jugendliche und Männer ausgetragen. Ein Durchturnen der vorgesehenen Übungen für das Bezirksfest in Vertenbaum findet im Turnerheim Helmus Höb statt, wo auch zum Schluß die allgemeine Besprechung stattfindet.

Schlusssdienst.

Vermischte Nachrichten vom 25. März.

Oldenburgische Landtagswahlen am 17. Mai.

Oldenburg. Der Oldenburgische Landtag beschloß die Auflösung des Landtages auf den 16. Mai. Die Regierung wurde beauftragt, Neuwahlen für den 17. Mai festzusetzen. Diese Vorverlegung um etwa zehn Tage erfolgt, um zu vermeiden, daß der Wahlkampf noch in die Pfingstwoche hineinreicht.

Von eigenen Soldaten erschossen.

Paris. In einem vorgeschobenen französischen Posten in Marokko kam es zu einem schweren Streit zwischen marokkanischen Truppen, die mit ihren Dienstwaffen aufeinander losgingen. Der wachhabende Leutnant und zwei französische Unteroffiziere, die zwischen beiden Parteien zu vermitteln suchten, wurden von den wütenden Marokkanern durch Gewehrschüsse getötet. Aus Furcht vor Bestrafung ergriffen die Marokkaner die Flucht und entkamen zu einem angrenzenden, noch nicht unterworfenen Stamm.

Auch der Landesausschuß der DDP. für das Mißtrauensvotum gegen Dr. Fritd.

Weimar. Der Landesausschuß der DDP. nahm nach einem Bericht des Fraktionsführers Dr. Wilmann eine Entschließung an, in der die Haltung der Fraktion gebilligt wird, die bekanntlich beschlossen hat, den sozialdemokratischen Mißtrauensanträgen gegen Staatsminister Dr. Fritd und Staatsrat Lerschler zuzustimmen.

Die Madrider Studentenunruhen unterdrückt.

Madrid. Die Madrider Studentenunruhen sind durch das tatkräftige Eingreifen der Polizei beigelegt worden. Die Regierung erklärte, mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Sorge tragen zu wollen.

Bericht der Viehverkaufshalle A.-G. Lehrte.

vom Verkaufstage 24. März 1931.

Auftrieb 3101 Stück Ferkel und 148 Stück Läufer-schweine. Es folgten im Großhandel:

Ferkel (Durchschnittsqualität):

Bis 6 Wochen alt	bis Mark 13.—
6—8 Wochen alt	Mark 14.— bis 18.—
8—12 Wochen alt	Mark 19.— bis 25.—

Läufer-schweine:

3—4 Monate alt	Mark 26.— bis 32.—
4—6 Monate alt	bis Mark 55.—

Marktverlauf: Schleppendes Geschäft; es bleibt Ueberstand.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Volksbegehren „Landtagsauflösung“

Die Eintragungslisten für das Volksbegehren „Landtagsauflösung“ liegen in der Zeit vom 8. April bis zum 21. April 1931 einschließlich offen. Die Auslegung erfolgt an den Werktagen und am Sonntag, dem 12. April 1931 im Amtshause, Zimmer 3, und in der Verwaltungsgeschäftsstelle Schalksmühle, und zwar an den Werktagen von 8,30—12,30 Uhr und mit Ausnahme der Samstage von 17—18,30 Uhr, und am Sonntag, dem 12. April 1931 von 9,30—11,30 Uhr. Am Sonntag, dem 19. April 1931 liegen die Listen nicht im Amtshause, sondern in sämtlichen Wahllokalen, in Schalksmühle aber in der Verwaltungsgeschäftsstelle während der Zeit von 14—18 Uhr aus.

Alle diejenigen Eintragungswilligen, welche am Tage der letzten Reichstagswahl (14. September 1930) im hiesigen Bezirk nicht wahlberechtigt waren, haben ihre Eintragungsberechtigung nachzuweisen (Anmeldebchein, Geburtsurkunde, Familienbuch oder dergl.) Insbesondere wird dieser Nachweis gefordert für die Eintragung am 19. April 1931 in den Wahllokalen, da hier eine amtliche Nachprüfung von mündlichen Angaben nicht möglich ist.

Halver, den 25. März 1931.

Schalksmühle

Die Gemeinde-Vorstände.

Amt Halver.

Änderung der Hauszinssteuerverordnung.

Mit Wirkung vom 1. April 1931 ab ermäßigt sich die Hauszinssteuer. Bis zum Empfang der neuen Steuerzettel kann der bisherige Hauszinssteuerbetrag vorläufig um 3% gekürzt werden.

Halver, den 24. März 1931.

Der Bürgermeister.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen am 19. Mai 1931, vormittags 11 Uhr, an der Gerichtsstelle Zimmer 95, die im Grundbuch von Lüdenscheid Band 71 Blatt Nr. 1492, (Eigentümer: der Fuhrmann Albert Kaufmann in Brügge i. W.) eingetragenen Grundstücke Flur 51 Nr. 233/75, Holzung in den Eiden, 2 ha., 01 a, 44 qm. groß, Grundsteuerreinertrag 2,37 Alt., Flur 51 Nr. 234/75, Hausgarten Eiden 88,3 a, 21 qm. groß, Flur 51 Nr. 235/75, bebauter Hofraum und Hausgarten Eiden, 4 a, 01 qm. groß, Nutzungswert 60 RM, versteigert werden.

Lüdenscheid, den 20. März 1931.

Das Amtsgericht.

Statt besonderer Anzeige.



Nach kurzem Leiden ist heute morgen 6 Uhr unsere liebe Schwester und Tante

Fräulein Elise Schriever

im 70. Lebensjahr sanft entschlafen.

Im Namen der Familie:

Dr. med. Paul Schriever.

Kierspe-Bhf., den 25. März 1931.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 28. März, 15 Uhr vom Sterbehause Sprotterhammer b. Grünenbaum aus statt.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Karl Budde in Oberbrügge, früher offene Handelsgesellschaft jetzt alleiniger Inhaber Fabrikant Karl Budde in Bömmelbach, wird Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis, zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke auf den 28. April 1931, vorm. 10,30 Uhr anberaumt. Schlussrechnung und Schlussverzeichnis sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Lüdenscheid, den 21. März 1931.

Das Amtsgericht.

Inferieren bringt Gewinn!

Vom Vorrat lieferbar:

Zuckerschnitzel,
Erbsenmehl,
Sohnaschrot,
Rapsmehl
Rapskuchen

Bestellungen auf

frischen Fisch

für Karfreitag nimmt entgegen

Bürger & Lausberg,
Halver, Telefon 326.

Fritz Bangert, Halver.
Telefon 234.

Ab 1. Mai 1931

Werkstatt

ca. 50 qm. groß, selbige eignet sich auch als Wohnung in der Nähe v. Halver zu vermieten.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allg. Anzeigers Halver.

Zwei schöne

3 Zimmerwohnungen

sofort in der Nähe von Grünenbaum zu vermieten.

Anfragen unter Fernspr. 300 Amt Breckerfeld.

Unfall-Anzeigen

zu haben

Allgem. Anzeiger Halver.

Zwangsversteigerung

Freitag, d. 27. März 13 Uhr werde ich im Hotel zur Post in Halver

1 Standuhr,
1 Teppich,

ferner am 10. April 31 vorm. 10¹/₂ Uhr auf Gut Boshwinkel bei Anschlag im Wege des Pfandverkaufs

ca. 380 Ctr. Kleehen,
ca. 150 Ctr. Weizenstroh,
ca. 40 Ctr. Gerstenstroh,
ca. 40 Ctr. Haferstroh,
ca. 10 Ctr. Weizenkaff und
ca. 40 Ctr. minderw. Heu

öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigern.

Der Verkauf findet, falls nicht öffentlich widerrufen, bestimmt statt.

Barthel.

Freiwillige
Feuerwehr
Halver.

Sonntag, d. 29. März
morgens 7,15 Uhr

Uebung

Die Wehr hat vollzählig zu erscheinen.
Das Kommando.

Leistungsfähige
Brotfabrik sucht

allerorts für den Vertrieb ihrer erstklassigen Erzeugnisse rührige

Betreter

Beitragende Unterstufung bei der Einführung wird gewährt.

Angebote unter Angabe der Verhältnisse erbeten unter R 350 an die Geschäftsstelle des Allg. Anzeigers erbeten.

Schöner, großer

Schäferhund

entlaufen.

Hört auf den Namen „Ido“. Gegen Belohnung abzugeben
Schalksmühle, Halverstr. 44

Holzverkauf.

Am Samstag, dem 28. März, nachm. 2 Uhr sollen in dem Kirchenwalde Markshagen eine große Partie Fichtenstangen, geeignet zu Bohnenstangen, Heuböcken und Zampfählen, sowie schwächeres Bauholz, öffentlich meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft am Eingang des Markshagen oberhalb Duabede.

Kierspe, den 25. März 1931.

Der Kirchmeister: Dornseif.

Lichtspiele Carlshöhe.

Samstag ab 8 Uhr, Sonntag 5 u. 8 Uhr

Ein Richard Talmadge - Film

Kampf um Mitternacht

Richard Talmadge der zweite

Luciano Albertini.



EROS IN KETTEN
(SEXUALNOT)

Lustiges Beiprogramm.

Vereins-Drucksachen

liefert schnellstens Wilh. Bell jr., Halver.